

## **Beschluss der Europaministerkonferenz vom 9./10. September 2020 in Perl-Nennig**

### **Europanetzwerk Deutsch: Stärkung deutscher auswärtiger Kultur- und Sprachpolitik**

Berichterstatter: Saarland, Baden-Württemberg, Hessen

### **Beschluss**

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz betonen, dass die Verwendung von Deutsch als gleichberechtigte Arbeitssprache neben dem Französischen und Englischen ein wesentlicher Pfeiler der interkulturellen Verständigung und der politischen Kompromissfindung in der Europäischen Union ist. Sprachen sind Eingangspforten für eine profunde Beschäftigung mit ihren Ländern und Kulturen. Sie sind damit Voraussetzung zum vertieften Verständnis auch politischer Besonderheiten und ihrer Vermittlung. Der Spracherwerb muss daher trotz des immer weitergehenden Einsatzes von Künstlicher Intelligenz und Übersetzungsprogrammen fortlaufend und mit hoher Priorität gefördert werden.
2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz verweisen auf die erheblichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Unterrichtsangebote des Goethe-Instituts. Sie warnen vor einem Verlust von Know-how und personellen Ressourcen in einer für die Europäische Integration und die Völkerverständigung unverzichtbaren Domäne.
3. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten die Bundesregierung, die auswärtige Sprachpolitik gerade in Zeiten der Krise weiterhin mit großzügigen Haushaltsmitteln auszustatten. Angebote der Sprachvermittlung sollten auch vor dem Hintergrund möglicher Einnahmeausfälle in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 vollumfänglich beibehalten und nach Möglichkeit intensiviert werden, auch mit Blick auf die kommenden Jahre. Vor dem Hintergrund der deutschen Ratspräsidentschaft bieten sich aus Sicht der Mitglieder der Europaministerkonferenz auch niedrighschwellige und für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenfrei zugängliche Einstiegsangebote (Schnupperkurse) an, die durch die Bundesregierung finanziert werden.

4. Sie fordern ferner anknüpfend an den Beschluss der Europaministerkonferenz vom 19. Januar 2018 Ziffer 9 die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft besonders erfolgreichen Programmen, wie dem „Europanetzwerk Deutsch“, eine breite Plattform zu bieten – auch um andere Mitgliedstaaten zu vergleichbaren Programmen zu motivieren.
5. Sie verweisen darüber hinaus auf die erfolgreichen Mehrsprachigkeitsstrategien und Förderangebote der deutschen Länder, die sich auch dem Ziel der Vermittlung der Sprachkompetenz der Nachbarländer verschreiben.
6. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten den Vorsitz, den Beschluss an die Bundesregierung und die Berichterstatter des Einzelplans 05 Auswärtiges Amt des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zu übersenden.